

# Schiersteiner Zeitung

## Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend  
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)  
(Schiersteiner Neues Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Anzeigen  
kosten die einseitige Kolonelleite  
oder deren Raum 20 Pfg.  
Reklamen 60 Pfg.

Bezugspreis  
monatlich 90 Pfg., mit Bringer-  
lohn 95 Pfg. Durch die Post  
bezogen vierteljährlich 2.55 Mk.  
auschl. Bestellgeld.

Erscheint: Dienstage,  
Donnerstage, Samstage  
Druck und Verlag  
Probst'sche Buchdruckerei  
Schierstein.  
Verantwortlicher Schriftleiter  
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Fernruf Nr. 164

Nr. 82.

Donnerstag, den 17. Juli 1919.

27. Jahrgang

### Argentinischer Weizen unterwegs für Deutschland.

Am Montag ist als erster Dampfer von Argentinien der Dampfer „Pioneer“ mit annähernd 3800 Tonnen Weizen, die Wille Jun in Buenos-Aires geladen waren, in Deutschland angekommen, und war in Emden, wo die Reichsgetreidekasse die Verteilung des Weizens vornimmt. Es handelt sich um einen Teil großer Verträge, die die holländische Einfuhrfirma Wm. S. Müller & Co. mit der deutschen Regierung auf der Grundlage eines längeren Kredits abgeschlossen hat. Es schwimmen derzeit schon etwa 60000 Tonnen argentinischen Getreides nach Deutschland und weitere 80000 Tonnen befinden sich in argentinischen Häfen unter Ladung. Außerdem werden ungefähr 50000 Tonnen bis Mitte August geladen werden. Auch nach der Weser, Rotterdam und Hamburg sind mehrere Dampfer mit argentinischem Weizen bestimmt. Im ganzen sind gegenwärtig noch neun solcher Dampfer mit je 4 bis 7000 Tonnen Ladung, angefertigt in Argentinien zwischen dem 18. Juni und 5. Juli, nach Deutschland unterwegs. Von allen diesen Weizenkäufen sind rund 50000 Tonnen durch Vermittlung des Hamburg-Berliner Getreidehandels zustande gekommen, und zwar ebenfalls gegen langfristigen Kredit, den die holländische Firma dem Deutschen Reich gewährt hat. Auf ähnlicher Grundlage ist der deutschen Regierung auch eine erhebliche Menge argentinischer Rindfleisch verkauft worden, die im Juli und August zur Verladung nach Deutschland kommen wird.

### Die Heimsendung der Kriegsgefangenen.

Zu der Frage der Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich fanden in Bern Besprechungen von Vertretern Deutschlands, Frankreichs und der Schweiz statt. Die Schweiz hat sich bereit erklärt, 300000 deutsche Kriegsgefangene durch ihr Gebiet heimzuführen zu lassen. Es sollen täglich, mit Ausnahme der Sonntage, vier Züge gehen, und zwar nicht wie die Internierten Züge nachts, sondern bei Tage, damit den Heimkehrenden schon durch die Reise selbst eine erste Erquickung geboten wird. Die Internierung der noch in der Schweiz befindlichen 3000 deutschen Gefangenen wird in einigen Monaten ihr Ende erreichen.

### Ein heftiger Protest.

mz. Darmstadt, 16. Juli. Die heftige Volkskammer beschloß in ihrer heutigen Nachmittagsitzung folgenden Protest: „Die Volkskammer protestiert mit aller Schärfe gegen jede Absicht auf Vorenthaltung von Rechten zum Deutschen Reich gehörigen Gebietsstücken ohne ausdrückliche, uneingeschränkte, in geheimer Abstimmung vorgenommene Zustimmung der gesamten Bevölkerung dieser Gebietsstücke.“

### Generalstreik in Stettin und Stralsund.

mz. Stettin, 17. Juli. In der gestern abgehaltenen Versammlung der Eisenbahner von Stettin wurde beschlossen, sich dem Generalstreik anzuschließen und einen Aktionsausschuß einzusetzen, der das Nötige veranlassen soll. Es sollen nur einige Lebensmitteltransporte ausgeführt werden; dagegen soll der Güter- und Personenverkehr eingestellt werden. Der Abwehrstreik der Bürgerschaft, hat eingesetzt.

mz. Berlin, 17. Juli. Der „Abend“ meldet aus Stralsund: Der als Erwiderung angekündigte Bürgerstreik ist heute nachmittag ein. Das öffentliche Leben liegt lahm.

### Der Handelsverkehr mit Amerika.

mz. Amsterdam, 16. Juli. Wie das Pressebureau Radio aus Washington mitteilt, lautet die Ermächtigung zur Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland dahin, daß es Personen innerhalb der Vereinigten Staaten gestattet ist, ab 14. Juli mit Personen, die in Deutschland wohnen, Handel zu treiben und sich mit ihnen in Verbindung zu setzen, sowie mit allen Personen Handel zu treiben und Verhandlungen aufzunehmen, mit denen dies laut dem Enemy Act verboten war.

### Zur Friedensfrage.

Die Ausführung des Friedensvertrags.  
Von den Verhandlungen in Versailles wird bekannt, daß von der Gegenseite vor allen Dingen die alsbaldige Einstellung von zivilen Arbeitskräften zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete verlangt wird. Gegenüber dem Hinweis der deutschen Vertreter auf die Schwierigkeiten dieser Einstellung wurde von französischen Vertretern diese Schwierigkeit als bekannt zugegeben, jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß die deutsche Regierung verpflichtet sei, das deutsche Volk mit allen Mitteln auch durch Realisierung der Erfüllung der Friedensbedingungen zur Unmöglichkeit würde. Insbesondere sei dies der Fall bei der Zurverfügungstellung von Arbeitskräften für den Wiederaufbau. Die Einstellung wird in Trupps von 500 bis 1000 Mann gewünscht, die in Baracken untergebracht werden sollen. Nachdruck wird auch auf die Lieferung von Rohstoffen und pharmazeutischen Artikeln gelegt. Auf der Lieferung von Tieren (Milchschafen u. s. w.) wird ohne Inanspruchnahme irgendwelcher Erleichterung bestanden. In den Verhandlungen ist man deutscherseits bestrebt, klarzumachen, daß die Lieferung von Rohstoffen in der vorgeschriebenen Menge und Weise zum völligen Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens führen müßte, und daß zur praktischen Erfüllung gewisse Milderungen notwendig seien.

### Frankreichs Isolierung.

Pariser Blätter berichten: Die französische Grenze und die französischen Häfen bleiben für Deutsche vorläufig geschlossen. Nur in besonders dringenden Fällen werden deutsche Staatsangehörige die Genehmigung erhalten, für kurze Zeit in Frankreich aufzuhalten. Die französische Regierung wird Geschäftsträger und mehrere höhere Kontrollbeamte nach Berlin senden, aber keine Botschafter. Für den Handel, namentlich für die Rohstoffindustrie, werden Sachverständige ernannt werden, jedoch keine offiziellen Attachés.

### Das besetzte Gebiet.

Nach eingehenden Besprechungen mit sämtlichen beteiligten Mächten wird in den nächsten Tagen in Köln eine Zusammenkunft aller Brücken- und Eisenbahnoffiziere und in Frage kommenden Sachverständigen stattfinden, um eine endgültige Regelung des Verkehrs zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet herbeizuführen. An den Besprechungen werden Vertreter aller zuständigen Behörden teilnehmen. Als Kommissar des Vorgesetzten der deutschen Wehrmachtskommission Reichsstaatsminister Erzberger ist von Weimar zu den Besprechungen der Referent für Bahangelegenheiten der deutschen Wehrmachtskommission Dr. Wein entsandt worden.

### Die schleswigsche Frage.

In Dänemark wohnen, wie „Sozialdemokraten“ melden, gegen 10 000 Nord Schleswiger, die zur bevorstehenden Volksabstimmung in Nord Schleswig das Stimmrecht haben. Um diesen Nord Schleswigern Gelegenheit zu geben, ihre Stimme abzugeben, wird ihnen dänischerseits freie Reise nach Nord Schleswig zugesichert.

### Polnische Gewalttätigkeiten.

Von wohlunterrichteter Seite wird gemeldet, die polnischen Organe zur Verhinderung der Erreichung ihrer Ziele. Mit ihrer genialen Propaganda verbinden sie den Plan, durch Gewalttätigkeiten bei den Verkehrsmitteln, wie Eisenbahn, Post und Telegraphen, Sabotage zu üben. Hiergegen konnte der Grenzschutz in den meisten Fällen rechtzeitig eingreifen. Die veröffentlichten Bestimmungen über die bevorstehende Abstimmung stärkt die Hoffnung der Polen. Tschekischerseits scheint nicht der Wunsch zu bestehen, auf neue Unternehmungen auszugehen, so daß sich die Verhältnisse an der tschechischen Grenze weiter im allgemeinen entspannt haben.

### Deutschland und Amerika.

Die „Amerikanische Telegraphen-Agentur“ meldet drahtlos aus Washington, daß die vollständige Wiederaufnahme des Handelsverkehrs zwischen Amerika und Deutschland nicht vor Mitte Winter zu erwarten sei. — Aus Washington wird drahtlich gemeldet, daß neun Bataillone zum Dienst in Europa abgegangen sind.

Berlin. An Clemenceau sind zwei Noten abgegangen. In der einen wird mitgeteilt, daß der Regierungsrat von Stard zum Reichskommissar für die besetzten Gebiete ernannt worden ist. In der anderen werden Verhandlungen zur Ausführung der im Friedensvertrag vorgesehenen Übergabe von Eupen und Malmédy und der Bergwerke im Saargebiet vorgeschlagen.

Berlin. Wie von zuständiger Seite erklärt wird, entspricht es nicht den Tatsachen, daß der Einzug der polnischen Truppen in Thorn für den 24. Juli in Aussicht genommen ist. Als früherster Termin kommt das Inkrafttreten des Friedensvertrages, also die vollendete Ratifikation durch drei alliierte Mächte in Frage.

Berlin. Die Entente-Kontrollkommissionen für Deutschland nehmen am 15. August ihre Tätigkeit in Deutschland auf. In Berlin sind allein von Frankreich große Mannschaften für fünf Kommissionen gemietet worden, deren Bezahlung am 15. August erfolgen soll und von denen eine Villa im Tiergartenviertel für die französische Militärmission bestimmt ist.

Rotterdam. Der „Manchester Guardian“ erzählt, daß auch in England beabsichtigt sei, für deutsche Einkäufe der nächsten sechs Monate einen Kredit von 100 Millionen zu bewilligen. Das Blatt nennt als Summe ein bis zwei Milliarden Schilling.

### Das Schicksal des Kaisers.

Die „Times“ meldet: Lloyd George hat in bestimmter Form die Intervention hoher Persönlichkeiten in Sachen der Abreise des kaiserlichen deutschen Kaisers abgelehnt. Die Liberalen haben ihre Anfrage im Unterhause zurückgezogen. Das Schicksal des Kaisers entscheidet sich bis zum Herbst in London.



### Reichsnotopfer.

Der nunmehr im Vorlauf vorliegende Gesetzentwurf über das Reichsnotopfer bringt für die kleine Rentnerklasse gewisse Erleichterungen.

Der § 26 bestimmt: Einem Abgabepflichtigen, dessen steuerbares Einkommen nicht über 6000 Mark und dessen Vermögen nicht über 100 000 Mark beträgt, kann die Abgabe ganz oder teilweise zinslos gestundet werden, falls er ohne Gefährdung des Lebensunterhalts zur Entrichtung der Abgabe nicht imstande ist oder falls sich sonst bei billiger Berücksichtigung seiner tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse die Einziehung als eine besondere Härte erweist. Von dem Verlangen der Zinsverweigerung darf nur abgesehen werden, soweit nach dem Ermessen der Steuerbehörde die höhere Einziehung

Der Abgabe durch die Stundung nicht gefährdet wird oder soweit die Sicherheitsleistung eine erhebliche Härte für den Abgabepflichtigen darstellen würde. Die zinslose Stundung kann im Falle des nachgewiesenen Bedürfnisses auch nach dem Tode des Abgabepflichtigen bis zum Ableben des überlebenden Ehegatten ganz oder zum Teil fortgewährt werden.

Die Bewilligung der Stundung kann aufgehoben oder nach Art, Umfang und Dauer vermindert werden, wenn und soweit in den Verhältnissen des Abgabepflichtigen eine Veränderung eintritt oder wenn sich nach der Nachprüfung ein Fehler ergibt, dessen Verichtigung eine veränderte Stellungnahme rechtfertigt. Soweit das Vermögen des Abgabepflichtigen aus dem Kapitalwert von Renten besteht, kann an Stelle der zinslosen Stundung ein Erlaß der Abgabe oder eines Teiles der Abgabe treten. Durch diesen Erlaß wird die Gefahr einer Mollasse für kleinere Rentner bei der Vermögensabgabe beseitigt.

Außerdem enthält der Entwurf auch einen Generalparagrafen für Steuerdrücker. § 50 besagt hierüber: Gibt ein Abgabepflichtiger, bevor gegen ihn Anzeige erhoben oder eine Untersuchung eingeleitet ist, bei der Veranlagung zur Vermögensabgabe oder in der Zwischenzeit bei der Veranlagung zu einer direkten Staats- oder Gemeindesteuer Vermögen oder Einkommen an, das bisher der Besteuerung durch das Reich, einen Bundesstaat oder eine Gemeinde entzogen worden ist, so bleibt er von der reichs- und landesgesetzlichen Strafe und insbesondere von der Verpflichtung zur Nachzahlung der Reichs-, Staats- und Gemeindesteuer befreit, insofern als der für die persönliche und sachliche Steuerpflicht maßgebende Zeitpunkt und der Zeitraum, für den die Steuer zu veranlagten war, vor dem 1. April 1917 liegt.

## Die Auslieferungsfrage.

Von geschätzter Seite erhalten wir die folgenden Zeilen, die heute, da die Auslieferung zahlreicher Reichsangehöriger gefordert wird, von besonderem Belang sein dürften:

Im Völkerrecht bedeutet Auslieferung die Ueberlieferung einer Person aus dem Territorium eines auf den verfolgten Staat zum Zwecke der strafgerichtlichen Aburteilung. In der älteren Rechtsauffassung gab es eine Auslieferungspflicht für den Aufnahmestaat überhaupt nicht; jenseits der Landesgrenze war jeder Verbrecher, auch der Räuber und Mörder seiner Freiheit wie seines Lebens sicher. Es ist vielleicht in diesem Zusammenhang von Bedeutung, darauf hinzuweisen, daß britische Völkerrechtslehrer die ersten waren, die auf das Ueberbrücken im Begriff „Asylrecht“ hindeuteten; ein unbedingtes Asylrecht sollte kein Staat gewähren; denn dieses Asylrecht stünde im Widerspruch mit allgemeinen Menschheitsinteressen. Jedes Volk muß den Wunsch haben, daß schwere Verbrechen nicht ungestraft bleiben, und daraus ergibt sich eine gegenseitige Verpflichtung der Staaten, Schwerverbrecher auszuliefern. Das „Britische Institut für Völkerrecht“ prägte in seiner Sitzung zu Oxford, der alten englischen Universität, den noch heute geltenden Satz: Gemeingefährliche Verbrechen, die in beiden Staaten, dem Staat des Aufenthalts wie dem die Auslieferung fordernden Staat, mit schwerer Strafe bedroht sind, begründen Pflicht und Recht zur Auslieferung; die Auslieferung ist in diesem Falle auch ohne besondere Staatsverträge wechselseitige völkerrechtliche Pflicht; der ausliefernde Staat kann sich jedoch vorbehalten, das Verbrechen vor seinem eigenen zuständigen Gerichtshof aburteilen zu lassen und die Frage einer geordneten und unparteiischen Justiz in dem die Auslieferung fordernden Staat zu prüfen. Eine absolute Auslieferungspflicht ist so lange und soweit nicht durch-

führbar, als die Gesetzgebung in den einzelnen Staaten verschieden ist. Auch Inländer müssen einem die Auslieferung fordernden Staat unter den gleichen Grundgesetzen ausgeliefert werden; etwa dagegen sprechende Landesgesetze sind völkerrechtlich unhaltbar, da sie zur Straflosigkeit für schwere Verbrechen mißbraucht werden könnten. Wegen politischer Verbrechen kann jedoch eine Verpflichtung zur Auslieferung nicht anerkannt werden, weil die Verfassungen verschieden sind und es jeden Staates eigene Pflicht ist, für sein öffentliches Recht Sorge zu tragen; auch könnte eine unparteiische Rechts- und Gesetzeshandhabung in einem solchen Falle dem ausliefernden Staate nicht wohl gewährleistet werden. — Also eine Vereinigung der namhaftesten englischen Völkerrechtslehrer im Jahre 1880; die Grundsätze sind bis heute in der ganzen gestiegenen Welt in Geltung. Am liebsten kann sich nun jeder denkende Mensch selber seinen Vers drauf machen. R. A.

## Deutschland und Amerika.

Graf Bernstorff, der frühere deutsche Botschafter in den Vereinigten Staaten, gibt in einem Aufsatz über das zukünftige Verhältnis Deutschlands zu den Vereinigten Staaten von Amerika, den er in der im demokratischen Verlag erscheinenden Zeitschrift „Das demokratische Deutschland“ veröffentlicht, einen bedeutsamen Ueberblick über die Politik, die zum Kriege mit Amerika führte. „Die historischen Traditionen der Vereinigten Staaten“, so schreibt er, „liegen die Annahme berechtigt erscheinen, daß die Union in dem großen Kriege neutral bleiben würde. Dieser Annahme entsprach auch die Politik des Präsidenten Wilson trotz der schlechten Stimmung, welche in den Vereinigten Staaten uns gegenüber durch die Verletzung der Neutralität Belgiens entstanden war. Vom 1. August 1914 bis zum 1. Februar 1917 hat Herr Wilson konsequent das gleiche Ziel verfolgt. Er wollte seinem Lande die Teilnahme an dem Kriege ersparen und letzteren durch seine Vermittlung beendigen. Bei dieser Politik konnte Herr Wilson sich auf die Mehrheit des amerikanischen Volkes stützen, welches seine Zustimmung deutlich in der Präsidentenwahl des November 1916 zum Ausdruck brachte. In dieser Zeit wurde durch nichts geändert, daß es auch in Amerika eine Kriegspartei gab. Einen Erfolg würde die letztere niemals gehabt haben, wenn nicht unser U-Bootkrieg die Sachlage geändert hätte. Die Wahrheit über die Vorgänge der letzten Jahre ist noch sehr unter der Propaganda aller Länder und Parteien verdeckt, daß es erst einem späteren unbefangeneren Zeitalter gelingen dürfte, den geschichtlichen Reizen von dem Unkraut zu scheiden. Wer indessen die verhängnisvolle Zeit in den Vereinigten Staaten mit erlebt hat, wird sich durch keine Propaganda, Anklage- oder Verteidigungsschriften über die Tatsache täuschen lassen, daß ausschließlich der U-Bootkrieg den Bruch mit den Vereinigten Staaten und dadurch unsere Niederlage herbeiführte.

Die Stimmung in Amerika war noch im Februar 1917 so wenig kriegerisch, daß es einer zweimonatigen Propaganda bedurfte, bevor der Krieg gegen uns erklärt werden konnte. Wir dürfen uns aber nicht verhehlen, daß wir selbst das Material zu dieser Propaganda lieferten. Wir haben es den Amerikanern allzu leicht gemacht, einen Kreuzzug gegen die autokratische, militaristische und doppelzüngige deutsche Regierung zu predigen. Nachdem wir jetzt selbst bei uns die letzten Spuren von Autokratie und Militarismus beseitigt haben, sind über diese Fragen keine Worte mehr zu verlieren. Gegen den Vorwurf der „Doppelzüngigkeit“ müssen wir uns indessen auch heute verteidigen, weil eine Aussprache über diesen Punkt notwendig ist, wenn wir eine Atmosphäre schaffen wollen, in welcher gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten eintreten können.

Zwei Zeilen wohnen während des ganzen Krieges in der deutschen Politik, die eine war militärisch, die andere zivilistisch-politisch gerichtet. Neuerungen unserer Regierung, die während der Zeit der amerikanischen Neutralität nach Washington gelangten, waren entweder von der einen Richtung hier oder das Ergebnis eines Kompromisses zwischen beiden. Man kann also mehr mit Recht von einer Doppelpolitik der deutschen Politik als von einer Doppelpolitik sprechen. Die eine Richtung wollte den U-Bootkrieg führen, wenn auch die Vereinigten Staaten dadurch zum Bruch mit uns getrieben wurden, die andere wollte auf Präsident Wilsons Politik eingehen und so zum Frieden gelangen. Der Kampf zwischen diesen beiden Richtungen begann mit dem „Sussex“-Zwischenfall und endigte durch die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges mit einer Niederlage der Zivilisten. Als einer der Hauptbeteiligten an diesem Kampfe kann ich auf das Bestimmteste versichern, daß die deutsche Zivilpolitik immer konsequent das gleiche Ziel im Auge behielt. Sie hat nicht, wie noch heute viele Amerikaner glauben, nur zu dem Zwecke Verhandlungen geführt, damit inzwischen der U-Bootkrieg vorbereitet werden könnte. Sie hat in Amerika auch keine „Verschwörungen“ angezettelt.

Von den schlimmsten Dingen, welche drüben von der militärisch-seemannischen Richtung getrieben wurden, wie z. B. der Wilson Antikeln, hat die deutsche Zivilverwaltung überhaupt keine Kenntnis gehabt. Die beiden Haupttendenzen, welche uns unter der Rubrik „Doppelpolitik“ vorgeworfen werden, das Wilson-Diner in Ehren des Botschafters Gerard und die Mexiko-Depeche wurden erst begangen, als die Berliner Zivilverwaltung vor der Uebermacht der militärisch-seemannischen die Zügel gelassen hatte. Wie der Historiker im „Fortschritt“ damals die deutsche Regierung nur noch solche Maßnahmen ab, die von dem militärisch-seemannischen Prinzip eingeblasen wurden. Dieser Augenblick war der Höhepunkt der deutschen Tragödie. Die gerade damals eingeleitete Vermittlungsaktion Herrn Wilsons wurde durch unsere Schuld vereitelt und der Krieg verlor. Alle noch im letzten Augenblick von Washington gemachten Versuche, die Berliner Entscheidung zu ändern, scheiterten bekanntlich wegen „technischer Schwierigkeiten“. Was man von der Minute ausgeht, gibt keine Ewigkeit zurück!

## Zur Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

— Die Vorlage über die Betriebsräte wird der Nationalversammlung in den nächsten Tagen zugehen. Die große politische Aussprache ist mit Rücksicht auf den Geschäftsplan der Nationalversammlung auf Dienstag, den 22. Juli verschoben worden. — Wie verlautet, hat der Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt, Töpfer, seinen Abschied genommen.

— In Weimar fand am Dienstag eine Aussprache der rechtsrheinischen Abgeordneten mit Vertretern des Reichsministeriums des Innern, des preussischen Ministeriums, des Ministers Heine und mit dem Essener Ausschuss statt. Es wurde die rheinische Frage, insbesondere die Errichtung der Industrievinze, besprochen im Zusammenhang der Erhaltung der Selbständigkeit des Reiches, der Gewährung von Autonomie in den Provinzen und unter dem Gesichtspunkt der augenblicklich herrschenden Notosität und agitativen Ausnutzung aller Selbstständigkeitsbestrebungen. Merkwürdig ist, daß das Zentrum besonders sich gegen eine selbständige Industrievinz aussprach. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

## Note Rojen.

Roman von S. Courths-Mahler.

78) Nachdruck verboten.

Hennig war Gerlinde dankbar für den leichten, scherzenden Ton, der seine Ergriffenheit geschickt bemaßte. Er brachte es fertig, ihr in gleichem Ton zu antworten. Sie wußte es dann so einzurichten, daß Hennig und Josta vorausgingen, während sie an Rainers Seite folgte. Graf Hennig war glücklich, daß er an Jostas Seite gehen durfte, daß er ihre liebe, weiche Stimme hörte, die sich so herzlich nach seinem Ergehen erkundigte und daß er sie ansehen konnte nach Herzenslust. So still und ruhig war es in ihm. Nach all den Wochen sehnüchster Qual war das wie eine Erlösung für ihn. Und weil er momentan wunschlos glücklich war, kam seine Frohnatur gleich wieder zum Vorschein. Er plauderte heiter und angeregt mit Josta und warf ab und zu auch ein Scherzwort zu den beiden andern zurück.

Dabei merkte Hennig mit heißer Freude, daß sich Jostas traurige Augen aufhellten und daß sie erst lächelte und dann herzlich in sein Lachen mit einstimme. Dies frohe herzliche Lachen klang auch zu Graf Rainer hinüber. Seine Augen blickten bald froh, halb wehmütig auf seine junge Frau. Die Gräfin sah ihn von der Seite forschend an. Und sie verstand so gut in seinen Augen zu lesen!

„Höre nur, Rainer, Josta hat mit einem Male das Lachen wieder gelernt. Ich glaube wirklich, wir beide sind eine zu ernste Gesellschaft für sie. Die frohe, sonnige Jugend reißt sie schnell aus ihrer bedrückten Stimmung“, sagte sie.

Jedes dieser Worte war berechnet und ausgeklügelt. Es sollte harmlos klingen, und war doch so vielfach. Und es verfehlte seine Wirkung auf Rainer nicht. Er preßte die Lippen wie im Schmerz zusammen und sah Gerlinde an.

„Findest du, daß Josta in bedrückter Stimmung gewesen ist, Gerlinde?“ fragte er.

Mit Schmerzen hatte er selbst längst bemerkt, daß Josta stiller und stiller wurde. Aber er hatte es sich nicht eingestehen wollen. Nun Gerlinde seine ge-

heimen Bemerkungen in Worte faßte, nahmen sie gleichsam ernste Gestalt an. Gräfin Gerlinde sah ihn an, wie von tiefem Mitleid erfüllt.

„Das mußt du doch selbst merken, Rainer. Du hast mir so oft erzählt, daß Josta solch ein lustiges, übermütiges Geschöpf gewesen ist. So kenne ich sie gar nicht. Solange sie in Ramberg ist, sehe ich sie immer ernst und still. Selten sehe ich ein Lächeln in ihrem Gesicht. Dafür aber habe ich sie neulich im schmerzlichen Weinen überrascht, dessen Grund sie mir freilich nicht verraten wollte.“

Er wurde sehr bleich, und um seinen Mund grub sich tief der herbe Schmerzenszug.

„Sie hat geweint? Wann war das?“

„Vorige Woche — ich fand sie in Tränen an ihrem Schreibtisch.“

Er seufzte tief auf.

„Ich habe es mit Schmerzen gesehen, wie sehr sie sich verändert hat. Es macht mir Sorge“, sagte er gepreßt.

In ihren Augen flimmerte es böse. Hätte er das gesehen, es hätte ihn warnen müssen.

„Aber lieber Vetter, das darfst du doch nicht wundern! Wenn ein so junges Mädchen einen älteren, gezeigten Mann heiratet, so färbt das immer auf sie ab. Aber jetzt ist ja Hennig da, du wirst sehen, wie schnell er sie mit seinem jugendlichen Frohsinn und Uebermut aufheitert. Er wird ihr schon helfen, sich hier einzuleben. Jung und jung gehört nun einmal zusammen. Und uns wird Hennig auch ein wenig aufmuntern.“

Sie konnte mit der Wirkung ihrer Worte zufrieden sein. Graf Rainer sah mit brennenden Augen auf Josta und Hennig. Und in seinem Herzen klang es immer wieder: „Josta hat geweint“. Mit tiefem Schmerz sagte er sich:

„Sie ist unglücklich an deiner Seite.“

Unruhig lächelte er auf das frohe Plaudern und Lachen da vor ihm.

„Jung gehört zu jung“, dachte er immer wieder.

Ein Stunde später sah man auf der Ramberger Terrasse beim Tee. Und auch hier erschien Josta wie umgewandelt. Sie scherzte und lachte mit Hennig,

neckte ihn, forderte ihn schelmisch immer wieder ordentlich zuzulangen, weil er auch ihr gegenüber schlechtes Aussehen mit schmäler Kost im Mann entschuldigt hatte. Sie war sichtlich froh, jemand zu haben, der sich mit ihr beschäftigte und demgegenüber sie sich unbefangen geben konnte. Gräfin Gerlinde konnte sich nicht enthalten, zu sagen:

„Ein Glück, daß du gekommen bist, Hennig. Unser kleines Frauchen hing all die Zeit das Köpfchen, wie eine welke Blume. Heute ist sie endlich einmal ergnügt. Das ist aber kein Wunder. Du verstellst die Menschen aufzuheitern. Ich möchte auch dann profitieren. Wir wollen alle recht vergnügt sein, so lange du Urlaub hast. Vielleicht lernen wir es so, daß wir es dann auch in deiner Abwesenheit bleiben.“

Hennig sah zu Josta hinüber. Sie wurde ein wenig rot und sah mit einem bangen, unruhigen Blick zu ihm. Gatten hinüber. Dieser lächelte ihr indes gültig zu. „Gerlinde hat recht. Wir sind hier alle ein wenig ernsthaft gewesen. Ich bin das gewohnt. Aber du liebe Josta, hast vielleicht oft den lachenden Frohsinn vermisst. Hennig mußte kommen, um uns das klar zu machen. Du hast also eine Aufgabe hier zu erfüllen. Hennig — du sollst Josta das Lachen wieder lehren.“

Graf Hennig atmete hastig und erregt.

„Hoffentlich läßt mich nun nicht gerade mein Frohsinn im Stich. Ich will mir jedenfalls Mühe geben, die ehrenvolle Aufgabe zu erfüllen.“

Josta strich sich verlegen einige böse Wölkchen von der Stirn.

„Was wollt ihr nun alle? Ich bin doch immer ganz vergnügt gewesen“, sagte sie befangen.

Gräfin Gerlinde legte ihren Arm um Jostas Schulter.

„Das glaubst du selbst, weil du zwischen uns beiden ernsthaften Leuten gar nicht gemerkt hast, wie ich geworden bist“, sagte sie fast zärtlich.

Schelmisch lächelnd schüttelte Josta den Kopf.

„Alte Leute? Meinst du damit Rainer und dich?“

„Allerdings.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Ausschuss der Nationalversammlung, an den der Gesetzentwurf über die Ziehlung zurückgewiesen worden ist, beschloß mit 14 gegen 12 Stimmen, daß nur Grundstücke enteignet werden dürfen, die mehr als 100 Hektar groß sind. Dagegen lehnte der Ausschuss mit 14 gegen 10 Stimmen die Bestimmung ab, daß Enteignungen nur in solchen Ziehlungsbezirken erfolgen sollen, in denen mindestens 5 oder 3 v. H. Grundbesitz vorhanden sind. 5 v. H. waren in dem Antrag der Deutschen und Deutschnationalen Volkspartei, 3 v. H. in dem Antrag der Demokraten gefordert.

Die Tabaksteuerkommission der Nationalversammlung erbat die Stiefelung der Zigarettensteuer über die Vorlage hinaus. Die Regierungsvorlage machte bei der Zigarette von über 25 Pfennig halt, die Kommission stufte bis 50 Pfennig und darüber durch und sogar mit erheblichen Steuererhöhen bis zu 300 Mark für das Tausend. Desgleichen wurde der Einfuhrzoll für den Doppelzentner Zigaretten von 4500 Mark der Regierungsvorlage auf 7500 Mark erhöht. Beide Beschlüsse wurden wesentlich begründet mit dem Schutzbedürfnis für die Zigarre. Sodann setzte der Ausschuss die Erörterung der Steuerreform für die Zigarre fort. Es sprachen sich die Vertreter der Sozialdemokratie und der Mehrheit des Zentrums für die Banderole aus, die wesentlich vom Standpunkt des Fiskus und der Arbeiterschaft vorzugehen sei. Die Vertreter der Demokratischen und der Deutschnationalen Partei sprachen sich für die Zigarettensteuer aus. Ein Vertreter der Deutschen Volkspartei bekannte sich zu den Vorzügen der Banderole, sah aber in der Zigarettensteuer kein Hindernis, wenn ausreichende Sicherheit für die Verhütung großer Steuerunterschiede gegeben werde. Die Abstimmung ergab mit 16 Stimmen der Mehrheitsparteien gegen 10 Stimmen der übrigen Parteien die Annahme der Banderolesteuer.

### Amerika und Mexiko.

Die der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus Paris meldet, steht nach Nachrichten aus Washington zufolge ein Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko bevor. Die Gebiete Amerikas gegenüber Mexikos ist zu Ende. Die Vereinigten Staaten sollen beabsichtigen, die mexikanischen Häfen und ein Teil des mexikanischen Hinterlandes zu besetzen, bis Leben und Eigentum der amerikanischen Bürger gesichert und eine feste mexikanische Regierung erreicht ist.

### Die Autonomie der Provinzen.

Der Gesetzentwurf über Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände ist nunmehr in amtlicher Fassung der preussischen Landesversammlung zugegangen. Die Regierung ersucht das Haus bei der großen Dringlichkeit um größte Beschleunigung der Beschlussfassung. Der Entwurf lautet:

§ 1. Die Provinziallandtage sind berechtigt, Provinzialstatuten über folgende Angelegenheiten zu beschließen: 1. über die Regelung solcher Fragen der Schulverwaltung, welche für die Bevölkerung der einzelnen Provinzen von besonderer Bedeutung sind; 2. über Besondere in des provinziellen Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverfassungsrecht, soweit das Gesetz auf statutarische Regelung verweist oder keine ausdrückliche Vorbehalte enthält; 3. über die Zulassung einer anderen Amtssprache neben der deutschen in gemischtsprachigen Landesteilen; 4. über die Einrichtung von Beträgen, die den Kreis- und Provinzialbehörden innerhalb der Provinz beizugeben sind. Aufgabe des Provinzialstatuts ist es, die Zusammensetzung und die Art der Wahl dieser Organe entsprechend den Interessen der Provinzialbevölkerung zu regeln. § 2. Die Provinzialstatuten (§ 1) müssen sich innerhalb der bestehenden Gesetze halten und unterliegen der Bestätigung durch die Staatsregierung. § 3. Vor Befehlung der Stellen der politischen Beamten innerhalb einer Provinz ist der Provinzialausschuss zu hören. § 4. Dieses Gesetz tritt mit dem Tag seiner Verkündung in Kraft.

### Merke! Nachrichten.

#### Begnadigte Eisenbahnbeamte.

In der hessischen Volkskammer gab Ministerpräsident Ulrich bekannt, daß General Mangin ihm mitgeteilt habe, daß er die anlässlich des Streiks zu 2-5 Jahren Gefängnis verurteilten Eisenbahner begnadigt hat.

#### Die Versenkung der deutschen Flotte.

Bei der Versenkung der Kriegsschiffe in Scapa Flow haben nach den bisherigen Ermittlungen außer dem Korvettenkapitän Schumann noch ihr Leben verloren: der Torpedobootsmaschinist Wilhelm Margraf und die Torpedoboots-Obermaschinistenmeister Friedrich Becke und Gustav Panfath. Alle drei gehörten zur Besatzung des Torpedoboots „B. 126“. Die endgültige Feststellung der Zahl und Namen der Getöteten, sowie der Verwundeten, ließ sich infolge des Ausbleibens der englischen Antwort auf die deutschen Anträge am 29. Juni ergangen am 1. Juli trotz aller Bemühungen noch nicht ermöglichen. Die getöteten Besatzungsmitglieder sind vermutlich in den Gefangenenlagern in Döbelitz (bei Schremsburg) und Walsby (bei Salsby) interniert.

#### Die Zukunft Rußlands.

„Daily News“ melden: Der zurücktretende Chef des britischen Ueberseehandelsamtes, Sir Stel Maitland, hielt vor englischen Kaufleuten eine Rede, worin er erklärte, in den nächsten 20 Jahren sei Zentral- und Süd-Rußland, sowie der riesige Landgürtel des Ural der Teil der Welt, wo sich der Handel am schnellsten ausbreiten würde. Die britischen Kaufleute hätten jetzt eine gute Gelegenheit sich dort festzusetzen. Das Ueberseehandelsamt sei bereit, ihnen alle Unterstützung zu bieten, die nur möglich sei.

## Locales und Provinzielles.

Schierstein, den 17. Juli 1919.

\* Gemeinnützige Baugenossenschaft Schierstein. Wie bekannt, hat auch hier die Wohnungsnot immer schärfere Formen angenommen. Durch das Abreißen vieler Wohnhäuser in den letzten Jahren, denen keine Neubauten folgten, sowie durch den Zuzug vieler Familien von Auswärts, die zum Teil Häuser ankauften, verschärfte sich der Wohnungsmangel immer mehr, ohne daß eine private Bauwirtschaft zu bemerken ist. Aus diesem Grunde hat sich hier ein Ausschuss zusammen gefunden, der die Gründung einer gemeinnützigen Baugenossenschaft anstrebt. Wie im Inseratenteil ersichtlich, wird morgen, Freitag, abend eine öffentliche Versammlung im „Rassauer Hof“ stattfinden, in der Herr Direktor Abigt einen Vortrag halten wird, der Aufklärung über derartige Genossenschaften gibt. Alle Einwohner, Männer und Frauen, sind zu dieser Versammlung auch hierdurch eingeladen.

\* Höchstpreise. Die von der Stadtverwaltung Mainz festgesetzten und bekannt gegebenen Höchstpreise für Frühlings- und Sommerfrüchte sind nunmehr auf den ganzen Kreis Mainz ausgedehnt worden. Der Geltungsbereich wird voraussichtlich noch weiter ausgedehnt werden, so daß ein großes geschlossenes Wirtschaftsgebiet mit einheitlichen Preisen im besetzten Gebiet entsteht. Pfalz und Rheinland haben die Preise bereits seit einiger Zeit gebunden. Eine Preisbindung für das Späthobst ist im besetzten Gebiet infolge der schlechten Erfahrungen mit dem Frühlingsobst ebenfalls vorgesehen.

\* Freigabe der Lebensmittelfuhr aus dem besetzten Gebiet. Der militärische Verwaltung des Kreises Höchst erläßt folgende Bekanntmachung: 1. Ab 14. Juli 2 Uhr nachmittags ist die Ein- und Ausfuhr auf der Landstraße ohne besondere vorherige Genehmigung zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet unter folgenden Bedingungen freigegeben: Die Transporte müssen alle auf der Landstraße Niederrhein-Strasse erfolgen. Die Ein- und Ausfuhr von Waffen, Munition und besonders für den Krieg hergestellten Gegenständen ist verboten. Die Ausfuhr von Farbstoffen, Platina und Gold (Banknoten, Gold und Silbergeld) von ungemünztem Gold und Silber und von ausländischen Wertpapieren ohne die nach den augenblicklich in Kraft befindlichen Bestimmungen erforderliche Genehmigung ist verboten. Der Transport von Kohlen und Koks bleibt den augenblicklich geltenden Bestimmungen unterworfen (Einfuhr frei, Ausfuhr verboten, es sei denn, daß diese vorher genehmigt ist). Die Ausfuhr von Futtermitteln und Körnern ist bis auf weiteres verboten. 2. Betreffs des Personenverkehrs wird an den augenblicklich geltenden Bestimmungen bis auf weiteres nichts geändert (Ausweise, Grenzarten). Somit sind auch die Lebensmittelfuhrtransporte aus dem besetzten Gebiet nach Frankfurt freigegeben; sie müssen nur über die Mainzer Landstraße erfolgen.

\* Geldverkehr. In ihrer Sitzung vom 1. Juli d. Js. hat die Internationale Kommission des Rheinlandes bestimmt, daß der Verkehr von Briefen, die Banknoten, Schecks, Wechsel oder andere kaufmännische Zahlungsmittel enthalten, zwischen den besetzten Gebieten und den Alliierten oder neutralen Ländern und umgekehrt frei ist.

\* Kriegsstiftung der Handelskammer zu Wiesbaden. Die furchtbaren Wunden, welche der Krieg unserem Wirtschaftsleben geschlagen hat, werden noch lange Zeit zur Heilung brauchen. Zahlreiche brave und fleißige Geschäftsleute mußten infolge ihrer Einberufung ihr Geschäft schließen oder anderer Leitung überlassen. Diesen durch den Krieg in bedrängnis geratenen Geschäftsleuten beizustehen und ihnen zum Wiederaufbau ihres Geschäftes zu helfen, ist der Zweck der Kriegsstiftung der Handelskammer Wiesbaden, zu welcher zahlreiche Angehörige von Industrie und Handel des Handelskammerbezirks bereits im Frühjahr 1918 entsprechend dem Aufruf der Handelskammer Wiesbaden reiche Beiträge gestiftet haben. Das Tätigkeitsfeld der Kriegsstiftung umfaßt den gesamten Bezirk der Handelskammer, nämlich die Kreise Wiesbaden-Stadt und Land, Rheingau, St. Goarshausen (ausgeschlossen Amt Braubach), Untertaunus, Lingen und Höchst a. M., mit den Plätzen: Wiesbaden, Biedrich a. Rh., Hochheim a. M., Schierstein a. Rh., Flörsheim a. M., Elzville, Dettich, Rüdelsheim, Geisenheim, Eschach, Lorch, Curb, St. Goarshausen, Rastatt, Bg. Schwalbach, Idstein, Lingen, Höchst a. M., Unterliederbach, Hofheim i. T., Bad-Soden a. T., Schwanheim a. M., Nied a. M., Hattersheim, Sindlingen und Grödenheim a. M. Überall sind Vertrauensmänner ehrenamtlich tätig, um die Verhältnisse der in bedrängnis geratenen Geschäftsleute zu prüfen und Vorschläge zu ihrer Unterstützung an die Geschäftsführung der Kriegsstiftung zu übermitteln. Vorstand und Stiftungsausschuss entscheiden alsdann über Art und Höhe der Unterstützung. Die Kriegsstiftung will keine Almosen spenden und steht infolgedessen von der Zuweisung nicht rückzahlbarer Beträge ab. In der Ueberzeugung, daß es für den soliden Geschäftsleute von größter Bedeutung ist, über einen Bankkredit zu verfügen, tritt die Kriegsstiftung bei Geschäftsleuten, die für eine Unterstützung in Frage kommen, als Bürge ein und vermittelt ihnen einen den Verhältnissen angemessenen Kredit bei der Bank (Vorschauverein usw.), mit der sie arbeiten oder mit der sie in Verbindung treten wollen. Manche Geschäftsleute lernen dadurch erst die Vorteile einer geregelten Bankverbindung kennen. Durch solche Art der Unterstützung können die großen Ziele der Kriegsstiftung viel leichter erreicht werden, als durch die Zuweisung verhältnismäßig kleiner, nicht rückzahlbarer Beträge. Das Kapital der Stiftung bleibt dadurch auch nach Möglichkeit erhalten, der Kreis der Hilfe Findenden kann

immer größer werden und die Stiftung selbst dauernd stehen bleiben. Die Inanspruchnahme der Kriegsstiftung wird in dem Maße der Wiederbelebung unseres Wirtschaftslebens wachsen. Wenn die inneren und äußeren Schranken, die gewaltsam oder im Drange der Not an die Stelle der Wirtschaftsgesetze gesetzt wurden, fallen, wenn der deutsche Kaufmann wieder das alte Vertrauen im Auslande genießt und als gleichberechtigter Käufer und Verkäufer auf dem Weltmarkt auftreten kann, wenn Treu und Glauben in Handel und Wandel wieder zur Herrschaft gelangen, dann, erst dann wird der frische deutsche Wirtschaftskörper gefunden. Dann wird auch der Mut und das Selbstvertrauen der Geschäftsleute wieder wachsen, und sie werden mit Lust und Liebe sich dem Wiederaufbau und der Neubelebung ihrer Unternehmen widmen. Die Kriegsstiftung möchte sie dabei unterstützen. Geschäftsleute, welche die Hilfe der Kriegsstiftung in Anspruch nehmen wollen, wenden sich an die Geschäftsstelle der Kriegsstiftung der Handelskammer zu Wiesbaden, Adelheidsstr. 28.

\* Der blutende Mittelstand. Nach einer Statistik der 176 großen preussischen Sparkassen entstammen 44 Prozent der im Jahre 1918 neu hinzugekommenen Sparer den Arbeiterschichten. Die meisten Sparer machten als Ersteinzahlung Beträge von mehr als 1000 Mk. Auch sonst ist die Erfahrung gemacht, daß die Arbeiter ständig ihre Einlagen erhöhen, während der Mittelstand im Durchschnitt seine Bestände allmählich verkleinert.

\* Am Sonntag lagte in der Turnhalle in Radesheim der ordentliche Gau Turntag des Gauess „Süd-Rassau“. Dieser Tagung ging am Vormittag eine Vorturnübung voraus, zu der sich eine stattliche Anzahl von Turnern eingefunden hatte. Unter Leitung des stellvertretenden Gau Turnwarts Schmidt-Schierstein fanden als Einstellung des Turnens Ordnungs- und Freilübungen statt, denen sich das Gerüstturnen anschloß. Acht Alteen zu je 12 Mann stark wechselten im Turnen an den Geräten Reck, Barren, Pferd und volkstümlichen Übungen ab und es war eine Lust dem Turnen, das nach einer langen Reihe von 5 Jahren zum erstenmal wieder in unserem Gau stattfand, zuzuschauen. Es ist noch der alte Geist vorhanden, denn alle Anwesenden waren überzeugt, daß die Lust und Liebe zur deutschen Turnkunst nicht erloschen ist, sondern sich von neuem bekunden wird. — Die Verhandlungen des Gau Turntags begannen nachmittags 3 1/2 Uhr mit der Erstattung der Jahres- und Kassenberichte. Die vorgesehene Neuwahl des Gau Turnrates (Gauvorstandes) für die statutenmäßige Wahlperiode von 3 Jahren (1919-1921) wurde nicht vorgenommen, sondern der seitherige Gau Turnrat in etwas veränderter Zusammensetzung provisorisch bis zum nächsten ordentlichen Gau Turntag, der im Monat Februar stattfindet, durch Zuzug gewählt. Die Vergabung des Festlooses für das Gau Turnfest 1920 und die Abhaltung eines Gauwettturnens noch in diesem Jahre fand rasche Erledigung. Auf Antrag des Vertreters der Turngemeinde Radesheim wurde ersterer Punkt bis zum nächsten Turntag verlagert und die Vorbereitungen des diesjährigen Wettturnens, mit dem ein Wetschwimmen verbunden ist, der Turngemeinde Radesheim übertragen. Innere Gauangelegenheiten bildeten den Schluß der Beratungen, die ein klares Bild der treuen Zusammenarbeit des Gauess am guten Werk der Turnkunst boten. — Bei dem Gau Turntag waren 32 Vereine mit 81 Stimmen vertreten, 25 Vereine konnten infolge der Verkehrsverhältnisse leider an dieser Tagung nicht teilnehmen.

\* Die Kosten der Befehlung. Nach einer Meldung der „Cologne Post“ soll künftig der Jahresbeitrag der von Deutschland zu tragenden Kosten der Befehlung des Rheinlandes 240 Millionen Mark in Gold nicht übersteigen, sobald die Alliierten überzeugt sind, daß Deutschland die Entlassung verlässig vornehmen wird. Eine Verringerung kann eintreten, wenn die Alliierten und assoziierten Mächte über die Notwendigkeit einer solchen Verringerung übereinstimmen.

\* Bingen. Die große Wohnungsnot hat auch in hiesiger Gegend Behörden sowohl wie Privats veranlaßt, außerordentliche Maßregeln zu deren Bekämpfung ins Auge zu fassen. Aber der Verwirklichung des hierzu geeigneten und einfachsten Mittels, nämlich der Herstellung einer größeren Zahl von Wohngebäuden, traten in der Regel die hohen Baukosten in den Weg. Abgesehen von den gewaltig gestiegenen Löhnen kommt hierbei auch die ungeahnte Erhöhung der Baumaterialienpreise in Betracht, wodurch die Baukosten stellenweise auf das drei- bis vierfache erhöht werden, und als besonders unangenehm erscheinender Umstand tritt hierzu noch häufig der große Mangel an Baustoffen. Bei dieser Sachlage wird daher eine um so aufmerksamer Beachtung das neue Baustoffsystem „Reform“, des Spezialbaugeschäftes Hage & Co. in Langenberg-Neuß verdienen. Zumal in der heutigen Zeit bietet dasselbe gegenüber dem bisherigen System geradezu unschätzbare Vorteile. Es werden mit ihm vor allem bis zu 40% Ersparnisse erzielt, ja die Baukosten stellen sich bei ihm sogar noch erheblich billiger als Holzbauten, obwohl die nach diesem errichteten Bauten hinsichtlich Stabilität, Feuerfestigkeit, Temperatur, Lebensdauer und dergl. den Massbauten in keiner Weise nachstehen. Auch feuchte Wände sind bei ihnen völlig ausgeschlossen. Abgesehen von seiner Billigkeit hat das neue System auch den Vorzug, daß bei ihm die Bauweise viel rascher vor sich gehen kann, da eine Ruhezeit behufs Ausrocknung für Mauerwerk und Wandverputz nicht erforderlich ist. Da bei dem Baustoffsystem „Reform“ schließlich auch das Verhältnis der bebauten Fläche zum nutzbaren Raum ein erheblich günstigeres als bei den bisherigen Massbauten ist, so sprechen eine Anzahl der wichtigsten Gründe für die Anwendung jenes genialen und interessanten Systems, über das seine Erfinder gerne jede nähere Auskunft erteilen.

## Der Abbau der Kartoffel.

(Nachdruck verboten.)

Da bekanntlich jede in ihrem Ertrage oder durch sonstige gute Eigenschaften hervorragende Kartoffelsorte allmählich zurückzugehen pflegt und dann auf Böden versagt, die ihr vordem augenscheinlich zusagten, so hat es sich als notwendig erwiesen, von Zeit zu Zeit einen Saatwechsel herbeizuführen. Der Wert der einzelnen Sorten wechselt häufig mit den Wachstumsbedingungen, welche hauptsächlich in der natürlichen Beschaffenheit des Bodens zu suchen sind. Jeder Landwirt sollte daher durch einen Anbauversuch, d. h. durch die Anpflanzung mehrerer Sorten — unter ausgeglichenen Bedingungen natürlich — die für seinen Acker zuträglichste Spielart zu ermitteln suchen. Dabei können im Ertrage selbstverständlich nur frühreifende mit frühreifenden u. s. f. verglichen werden. Auch ist zwischen Speise-, Fabrik- und Wirtschaftskartoffeln zu unterscheiden. Jede Kartoffelsorte hat ihre Eigenart, und es ist unmöglich, eine Universalartoffel zu bauen, die allen Ansprüchen genügt. Beim Ausprobieren der Speisekartoffeln auf ihre Schmachthaftigkeit, Rehligkeit usw. wäre dann weiter zu berücksichtigen, daß jede Sorte ihre völlige Ausreife und auch gewisse Ablagerungszeit in Anspruch nimmt, außerhalb derselben sie eine falsche und ungerechtfertigte Beurteilung erfahren würde.

Nun hat es der Landwirt aber auch in der Hand, der Degeneration einer bewährten Sorte, von der er sich nicht trennen möchte, bis zu einem gewissen Grade entgegenzuwirken. Solches geschieht durch eine sorgfältige Auswahl der für die nächstjährige Ausaat bestimmten Kartoffelknollen. Das dafür bestimmte Land ist schon jetzt im Frühjahr bei der Ausaat in entsprechender Größe festzulegen, da die Kartoffeln hier auf einen engeren Standraum wie den sonst üblichen, und zwar auf 55 bis 60 Zentimeter Reihenabstand bei 30 bis 34 Zentimeter in der Reihe auszusäen sind. Dies begründet sich folgendermaßen: Bei weitem Standraum werden sämtliche Stauden einen ausreichenden Spielraum zur Entwicklung haben, ohne sich gegenseitig zu stören; bei engerem Stand dagegen werden die kräftigen Stauden im Kampfe ums Dasein die schwächeren und kränklichen Stauden, denn es gibt viele Krankheiten, die an der Knolle nicht so ohne weiteres sichtbar sind, in jeder Weise unterdrücken und deren Ausbildung beeinträchtigen. Wenn nun im Herbst auf dem bestimmten Vermehrungsstück die einzelnen Stauden zur Ernte kommen, so werden die kräftigen Stauden auch die kräftigsten und gesündesten sein. Diese besten Stauden werden dann im nächsten Jahre jede für sich ausgepflanzt und aus deren Nachkommen nach deren Knollenreife und vegetativer Entwicklung diejenigen Stämme bestimmt, deren weitere Vermehrung zweckdienlich und lohnend erscheint. Aus den besten Stämmen dann alljährlich die besten Knollen ausgewählt und in gleicher Weise zur Vermehrung gebracht, bietet so für Jahre hinaus eine geeignete Handhabung gegen den Abbau der altbewährten Sorte. H. App.

## Feldwirtschaft.

Die Luzerne gehört zu den Kleearten und ist eine der wertvollsten Futterpflanzen. Die schwedische Luzerne, auch schwedischer Schnedentklee, Sichelklee und gelbe Luzerne genannt, wächst auf trockenen Wiesen wild. Sie wird aber auch häufig angebaut, wo wegen der Trockenheit bessere Kleearten versagen, und erreicht eine Höhe von 20 bis 60 Zentimetern. Ihre dottergelben Blüten stehen in fugeligen Trauben und erscheinen von Juni bis September. Aus Persien oder Medien stammt aller Wahrscheinlichkeit die gemeine oder blaue Luzerne. Sie verlangt einen tiefgründigen, nährstoffreichen, kalkhaltigen Reimboden, verträgt aber keine stauende Nässe im Untergrund. Infolge ihres sehr tiefen Wurzelvermögens widersteht sie auch einer längeren Trockenheit. Sie wird bis zu einem Meter hoch und ist ausdauernd. Die Blüten stehen in reichblütigen langen Trauben und sind blau oder violett mit dunkleren Adern. Vom Juni bis September ist ihre Blütezeit. Sie wird vielfach als Futterpflanze angebaut, jedoch trifft man sie auch nicht selten verwildert auf Wiesen an. Die Sandluzerne ist eine natürliche, zwischen den beiden erstgenannten Sorten stehende Pflanze. Sie wird vielfach angebaut. Man findet sie aber auch wildwachsend vor. Sie fällt besonders durch die Färbung ihrer Blüten auf; diese sind meist erst gelb, dann grün und zuletzt blau oder violett. Die Blütezeit fällt in die Monate Juni bis August. Die Hopfenluzerne oder Hopfenklee oder Gelbklee findet sich überall wild vor. Sie besitzt eine sehr tief in den Boden eindringende, spindelförmige Pfahlwurzel und gedeiht infolgedessen auch noch auf Sandboden. Ihr Wachstum beträgt 15 bis 60 Zentimeter. Angebaut wird sie sowohl zu Futterzwecken, wie auch als Gründüngung. Die reichblütigen, winkelförmigen, fast fugeligen Trauben tragen, vom Mai bis Oktober erscheinende gelbe Blüten.

Als eine wertvolle Futterpflanze und zu Gründüngungszwecken angebaute Pflanze ist die aus Spanien und Portugal stammende Seradella bekannt. Sie hat ein ausgedehntes Wurzelnetz und liebt einen nährstoffreichen, möglichst unkaufreien, sich leicht haltenden Sandboden, da sie gegen stauende Nässe empfindlich ist. Der aufsteigende Stengel erreicht eine Höhe bis zu 50 Zentimetern. Die Blüten sitzen zu 2 bis 5 in Dolden. Die Seradella, die auch Vogelfuß, Krallenklee und Klauenföte genannt wird, fällt in die Monate Juni und Juli.

## Viehheute.

Die Rosskrankheit der Pferde ist eine der gefährlichsten Krankheiten, unter denen die Pferde zu leiden haben. Aber auch die Felle und Mauttiere werden davon befallen. Selbst bei Raubtieren ist die Rosskrankheit festgestellt worden. Erst im Jahre 1882 wurde der Rossbaillus von Kölliker entdeckt. Eine Übertragung der Krankheit vom Pferd zu Pferd kommt wohl am häufigsten vor, sie kann aber auch durch Zwischenträger sehr leicht erfolgen. Die Ansteckung kann auch ferner durch Wunden, den Darmkanal, sowie durch Einatmung des Sekretes aus der Nase und Hautgeschwüren an Ross erkrankter Tiere erfolgen. Es gibt verschiedene Arten der Rosskrankheiten, und zwar den Ross-, Haut- und Lungen-ross. Der Beginn der Krankheit macht sich durch eine mäßige Rötung der Schleimhaut zuerst bemerkbar, wie sie bei schwachem Nasenkatarrh auftritt. Es tritt dann ein schleimig und eitrig werdender, vielfach mit Blut durchsetzter Ausfluß aus den Nasenlöchern ein und bleibt in trockenen Krusten von brauner Farbe an den

## Faber's Weinstube.

Telefon 274.

Telefon 274.

Im Ausschank

1918er

Deftricher Mühlberg (natur.)

## Ämtliche Bekanntmachungen.

### Betr. Ausgabe von Krankenbutter.

Die Ausgabe von Krankenbutter erfolgt Freitag, den 17. ds. Mts., von 8—9 Uhr gegen Vorzeigung kreisärztlicher Atteste auf Zimmer 4 im Rathaus.

Die festgesetzte Zeit ist genau einzuhalten.

Schierstein, den 17. Juli 1919.

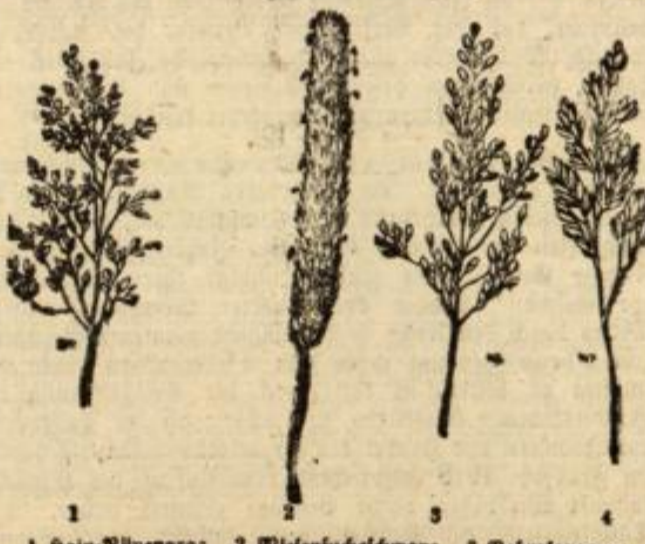
Der Bürgermeister: Schmidt.

Rand der Nasenflügel haften. Nasenschwellung nimmt zu, ebenso die Rötung, und es bilden sich dann auf der Scheidewand graue Knötchen von der Größe einer Erbse. Aus diesen Knötchen werden Geschwüre, die sich sehr schnell verbreiten. Die am unteren Ende der Nasenmuschel sitzenden Geschwüre hinterlassen bei ihrer Heilung weiße oder rötliche Narben. Mit dem Nasenausfluß schwillt auch die Kehlkopfdrüse an. Die Tiere leiden in ihrem Nährzustand, und oft treten sehr hohes Fieber und Dämpfigkeit hinzu. Auch das Haarleid erhält ein struppiges Aussehen. Der Röh tritt meistens nur auf einem Nasenloch auf, während bei der Drüsenentzündung beide Nasenlöcher der Tiere einen Ausfluß zeigen. Der Röh kann auch chronisch werden. Die Erkrankung der Tiere an Hautröh macht sich dadurch bemerkbar, daß sich unter der Haut am Bauche, an den Beinen und der Brust Knoten von der Größe einer Bohne bilden. Diese Knoten verwandeln sich in aufbrechende Geschwüre. Während die beiden vorgenannten Arten leicht zu bemerken sind, ist es beim Lungenröh nicht der Fall, da er schleichend auftritt. Die an ihm erkrankten Tiere sind in ihrer Arbeitsfähigkeit gemindert, und ein kraftloses, trockenes und dumpflingendes Husten macht sich ferner bemerkbar. An Röh erkrankte Tiere sind unheilbar, und nach ärztlicher Feststellung sind sie sofort zu töten. Selbst Menschen können von dieser Krankheit, infolge des Genusses von rohrtranten Tieren, befallen werden.

## Wiesengräser.

(Nachdruck verboten.)

Bei dem Ankauf eines landwirtschaftlichen Grundstückes wird mit vollem Recht die dazu gehörige Wiesenfläche einer eingehenden Prüfung unterzogen. Schon die Zugehörigkeit einer entsprechenden Wiesenfläche allein wird als großer Vorzug vor wiesenlosen Wirtschaften angesehen, aber es kommt doch sehr auf die Beschaffenheit der Wiesen, deren Untergrund und auf ihren Pflanzenbestand an. Wo viel Moos zwischen den dürrigen Gräsern hervorragt, wo Sumpfschachtelhalme oder auch Binsen den Hauptbestandteil des Pflanzenwuchses ausmachen, dort wird man



1 Halm-Rübenras. 2 Wiesenfuchschwanz. 3 Rohrglanzgras. 4 Rutenstraußgras.

einer solchen Fläche wenig Wert beimessen können, denn hier wachsen nur sogenannte saure Gräser, die nur einen geringen Nährwert haben und von dem Rindvieh gänzlich gemieden werden.

Zum Glück kann man selbst die schlechteste Wiese durch Ableitung des Grundwassers, durch Befamung mit besseren Grasarten und durch entsprechende Düngung in kürzester Zeit verbessern. Im folgenden sollen die empfehlenswertesten Wiesengräser aufgezählt werden. Hierzu gehören: das Timotheegras, das italienische Rappgras, der Wiesenfuchschwanz, das Fioringras, der Wiesenfuchschwanz, das gemeine Straußgras, das gemeine Rispengras, das Wiesenrispengras, das Rammgras, der Schaffschwingel. Die bisher genannten Gräser zählt man zu den besten Wiesengewächsen; es gibt aber auch noch viele andere, die im Verein mit den genannten Gräsern einen brauchbaren Bestand entwickeln. Hierzu gehören: die verschiedenen Trepenarten, das Honiggras, das Perlgras, das Zittergras, das Waldrispengras, die Wiesenperle, der Hartschwingel und vielleicht auch noch das Knäuelgras. Die übrigen auf Wiesen vorkommenden Gräser, wie die Schmelze und der Windhalm, die Seggen, das Wollgras, die Simsen und die bereits eingangs erwähnten Binsen sollen nur der Vollständigkeit wegen genannt werden. Einen Anspruch auf besondere Pflege und Ausbreitung haben sie nicht. Wer eine Wiese neu besamen will, der wähle die in der ersten Gruppe erwähnten Grasarten. Hierbei sei darauf aufmerksam gemacht, daß man die Ansaat nicht zu stark macht, und daß man die grobkörnigen Sämereien für sich allein aussäen und vielleicht leicht einengen soll, während man die feineren Sämereien nachher nur anwalzt.

## Gesangverein Sängerkunst

Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes.

Wir laden hiermit unsere Ehren-, aktiven und inaktiven Mitglieder zu der auf Samstag, den 19. Juli, abds. 8½ Uhr, im Vereinslokal „Zum Rebstock“ stattfindenden

## Bersammlung

hiermit ein.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung wollen unsere Mitglieder vollständig und pünktlich erscheinen.

Bersammlungsgenehmigung ist erteilt.

### Der Vorstand.

N. B. Unseren Mitgliedern noch zur Kenntnis, daß mit der Sammlung einer Liebesgabe für unsere wohl bald aus Gefangenschaft heimkehrenden Mitglieder schon begonnen ist, und wird die Liste zum Beitrag jedem Mitglied durch unsere Unterkassierer vorgelegt, auch die kleinste Gabe willkommen, zum Empfang unserer Lieben.

## Ziegenzuchtverein Schierstein.

Samstag, den 19. Juli, abends 9 Uhr

findet bei unserem Mitglied Karl Ehrengart, Rheinfluss (Sälchen) eine

## Mitgliederbersammlung

statt.

### Tagesordnung:

1. Bersprechung wegen Abhaltung einer Preisziegerschau.
2. Vereinsangelegenheiten.

Wir bitten unsere Mitglieder zu dieser Bersammlung vollständig und pünktlich zu erscheinen.

### Der Vorstand.

## Gewerkschaftskartell Schierstein a. Rh.

Zwecks eventl. Gründung einer

### Halmstätten-Baugenossenschaft

findet am Freitag, den 18. ds. Mts., abends 8 Uhr im „Rassauer Hof“ hier, Biedrichstraße 2 eine

## öffentliche Bersammlung

statt.

### Tagesordnung:

1. Vortrag über Zweck und Bedeutung der Halmstätten-Baugenossenschaften. Redner: Herr Direktor Abigl, Wiesbaden.
2. Aussprache.
3. Eventl. Wahl eines Arbeitsausschusses.

Da infolge der herrschenden Wohnungsnot auch hier am Orte sich die Gründung einer Halmstätten-Baugenossenschaft als unbedingt notwendig erwiesen hat, ersuchen wir die Interessenten aus der Einwohnerschaft um zahlreiche Beileiligung.

### Der Vorstand.



In aller Ruh' Putzt Du im Nu Blutzblank die Schuh, Nimmst Du dazu

**Erdal** schwarz — gelb — braun

Alleinhersteller:

Werner & Mertz, Mainz.

Ein noch neuer, schwarzer **Strohhut**, kleines Facon, für ältere Dame zu verkaufen.

Näh. in der Geschäftsstelle.

## Ein jugendlicher Arbeiter

sofort gesucht.

Gärtnererei Rieker, Blietweg.

## 3-Zimmerwohnung

mit oder ohne Laden sofort oder später zu mieten gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

## Lücherarbeiten

in der Kleinkinderschule zu vergeben.

Näheres im engl. Pfarrhaus zu erfragen.

## Rübsamen

hat abzugeben

Frig Rosen, Schulstraße 4.

Ein

## Handkarren

zu verkaufen.

Ludwigstraße 6.

## Weinflaschen

(¼ Liter) kauft jeder Quantum

Faber's Weinstube

Telefon 274.